

### **Bildungsmisere**

Die vorliegende Ausgabe des Info Landespolitik hat den Schwerpunkt Bildung. Dass das Bildungssystem der Bundesrepublik Deutschland einer modernen Gesellschaft zu Beginn des 21. Jahrhunderts nicht genügt, dass es sozial selektiv ist und kaum motiviert, sich gesellschaftlich zu engagieren, ist hinreichend bekannt. Dass die PädagogInnen nicht die Nachteile einer kapitalistischen Konkurrenzgesellschaft mit Millionen von Verlierern ausgleichen können, ist logisch. Die herrschende Bildungspolitik, speziell in NRW verschärft die Probleme jedoch noch. Mit diesem Info Landespolitik wollen wir uns dem Thema Bildung in seinen verschiedenen Aspekten nähern, vom Kindergarten über Schul- und Berufsausbildung bis hin zur Universität.

Die beiden Bundesabgeordneten der LINKEN Sevim Dagdelen und Nele Hirsch äußern sich ebenso zum Thema wie PolitikerInnen der LINKEN aus Nordrhein-Westfalen. Wir danken dem stellvertretenden Landesvorsitzen der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Norbert Müller für ein Interview. Die Bildungspolitik wird eines der zentralen politischen Konfliktfelder in NRW werden, für nicht wenige Menschen wird sie den Ausschlag geben, wem sie bei den Landtagswahlen die Stimme geben werden. Die neue LINKE. ist schon heute in den politischen Auseinandersetzungen um die Bildungspolitik gut vertreten, aber auch die SPD versucht hier zu punkten, in dem sie auf scharfe Opposition zur Bildungspolitik der schwarz/gelben Landes-regierung geht. DIE LINKE in NRW tut im Interesse der Menschen unseres Landes gut daran, Bildungspolitik zu einem der Schwerpunkte ihrer politischen Arbeit zu machen.

Zum Schluss noch eine Bemerkung in eigener Sache: Die bisherigen Ausgaben des Infos Landespolitik wurden von mir redigiert. Die nächste Ausgabe wird von meiner Kollegin Anna Conrads herausgegeben, da ich zur Abteilung Parteaufbau West des Parteivorstand der LINKEN gewechselt bin.

**Heinz Hillebrand**

### **Eine gute Schule für alle in NRW**

#### Schulen in NRW heute

Unser gegenwärtiges gegliedertes Schulsystem hat seine Wurzeln im 19. Jahrhundert. Verschiedene Versuche, dieses gegliederte Schulsystem zu reformieren, oder es durch ein moderneres zu ersetzen scheiterten, da es bei den Verantwortlichen kein Interesse an grundlegenden Veränderungen gab. Der letzte Versuch, in den 1960er Jahren mit der Einführung der Gesamtschule die Chancengleichheit für alle Kinder zu verwirklichen, schlug fehl. Die Gesamtschule verbesserte zwar die Bildungschancen für die Kinder, denen ein Besuch der integrierten Gesamtschule möglich war, die Mehrheit der SchülerInnen wurde jedoch nicht erreicht. Systematisch wurde der Ausbau der Gesamtschulen verhindert. Wenn heute in NRW von ca. 45.000 an Gesamtschulen angemeldeten Kindern nur 30.000 Kinder aufgenommen werden, wird deutlich, wie wenig der Elternwille zählt. Diese Anmeldeüberhänge gibt es seit Bestehen der Gesamtschulen in NRW.

Unser Schulsystem besteht aus fünf Schultypen, spätestens mit 10 Jahren schlagen unsere Kinder unterschiedliche Laufbahnen ein. Nach der von fast allen Kindern besuchten Grundschule (die Förderschulen existieren hier bereits parallel), werden die Kinder - seit 2006 verbindlich - von GrundschullehrerInnen den Haupt-, Real-, Gesamtschulen und Gymnasien zugeteilt. Damit ist - auch, wenn die Landesregierung etwas Anderes behauptet - die schulische Laufbahn der Kinder weitgehend festgelegt, und das in Abhängigkeit von der familiären Herkunft.

#### **Inhaltsverzeichnis:**

**S. 1** Heidrun von der Stück: **Eine gute Schule für Alle in NRW** **S. 3** Heidrun von der Stück **Bemerkungen zum außerordentlichen Landesparteitag der SPD in Bochum** **S. 3** Interview mit **Norbert Müller, stellvertretender Landesvorsitzender der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) in NRW** **S. 5** Jonas Bens: **Freiheit oder Sozialismus? Über das neue „Hochschulfreiheitsgesetz“ NRW** **S. 6** Sevim Dagdelen: **Der Munoz-Bericht ist ein Armutszeugnis für Deutschland** **S. 7** Nele Hirsch: **Zwischen Elite-Uni und Notstandsversorgung** **S. 8** Kibiz brütet auf sumpfigem Boden **S. 9** Marko Röhrig: **BildungspolitiklerInnen angepasst! (Über die geplante Modulausbildung)**

Eine Durchlässigkeit im System besteht im Prinzip nur nach unten. Durch die Abkoppelung der Gymnasien von den Stundentafeln der übrigen Schulen ist auch de facto kein Übergang mehr von den anderen Schulformen zum Gymnasium möglich.

Diese frühe Selektion, die der UN-Sonderbotschafter Muñoz scharf rügte, benachteiligt nicht nur die Kinder aus sogenannten bildungsfernen Schichten noch mehr als sie es bereits sind, sie zeitigt auch nicht die gewünschten Ergebnisse, wie die PISA-Studie belegte. Die Begabungen von Kindern werden nicht ausreichend gefördert, ihre Entwicklungsmöglichkeiten werden gebremst.

### Zweigliedrigkeit oder Gemeinschaftsschule

Solange verschiedene Schulformen nebeneinander bestehen, die Selektion mit 10 oder 12 Jahren erfolgt, solange werden weder "Chancengleichheit" noch "Bildungsgerechtigkeit" verwirklicht werden können.

Wir dürfen uns nichts vormachen, auch die Landesregierung weiß, dass Veränderungen notwendig sind. Die demografische Entwicklung, die zur Schließung etlicher Schulen aufgrund geringerer SchülerInnenzahlen führen wird, wird sie zwingen die Hauptschule, an der das Herz der Konservativen so hängt, zu schließen. Auch die Realschulen haben dann keine Überlebenschance mehr. Der Landesregierung geht es vor allem um den Erhalt der Gymnasien. Es soll die Schulform für "ihre" Kinder und die "ihrer" WählerInnen bleiben. Was also wird sie tun? Sie wird vermutlich die Zweigliedrigkeit einführen und als die bahnbrechende Reform der CDU/FDP-Regierung verkaufen. Wenn alle Kräfte in NRW, die ein fortschrittliches Bildungssystem mit der "einen Schule für alle" fordern nicht aufpassen, dann wird die Zweigliedrigkeit als ein Kompromiss auch von Teilen der SPD akzeptiert werden.

Damit hätten wir Gymnasien für die begüterten und "bildungsnahen" Schichten und Stadtteilschulen oder Schulen für die Sekundarstufe I für den Rest.

Wie können wir die Gemeinschaftsschule durchsetzen?

Was in anderen Ländern erfolgreich seit langem praktiziert wird, sollte auch bei uns durchgesetzt werden. In Europa sind wir mit Österreich die einzigen Länder mit früher Selektion.

Kinder sollen von- und miteinander lernen und zwar von der ersten bis zur zehnten Klasse.

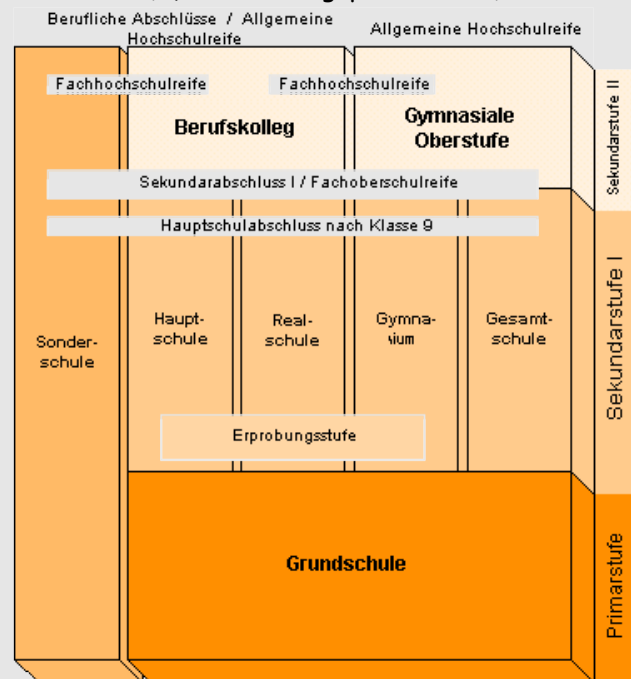
Wir wollen für unsere Kinder keinen faulen Kompromisse:

Mit anderen zusammen fordern wir: "eine Schule für alle" Kinder.

Über die Frage, wie wir diese Schule durchsetzen können, beraten die Bildungs-Arbeitsgemeinschaften seit geraumer Zeit. Klar ist, wir und andere sind nicht in der Lage, dieses Ziel allein zu erreichen. In NRW fordern verschieden Verbände, Institutionen, Einzelpersonen diese Gemeinschaftsschule. Die Linke wird gemeinsam mit diesen Kräften dafür kämpfen.

## Schulsystem in NRW

(Quelle: Bildungsportal NRW)



Die gymnasiale Oberstufe beginnt nach dem neuen Schulgesetz bereits nach der 9. Klasse. Die Stundentafel des Gymnasiums ist schon ab Klasse 5 umfangreicher als die der übrigen Schulen. Damit ist formal ein Wechsel zum Gymnasium nicht mehr möglich.

Seit Mitte 2007 gibt es ein Aktionsbündnis, das immer mehr Zulauf erhält. Wir arbeiten in diesem

Aktionsbündnis mit und brauchen die Unterstützung aus allen Kreisorganisationen. Infostände, Veranstaltungen, Informationsveranstaltungen, Infomaterial, Schulungen für Interessierte, Unterschriftensammlungen etc. sollten in den nächsten Monaten landesweit einer unserer Schwerpunkte werden. Das Schulsystem wird verändert werden, das ist sicher, die Frage ist nur, wessen Interessen werden durchgesetzt. Einfluss haben wir nur, wenn wir uns aktiv beteiligen. Tun wir es einfach!

**Heidrun von der Stück**

### **Bemerkung zum außerordentlichen Landesparteitag der SPD in Bochum:**

Am 25.08.2007 verabschiedete die SPD NRW in Bochum bildungspolitische Forderungen. Der Leitgedanke „Kein Kind beschämen, kein Kind zurücklassen; jedes Kind zählt und verdient Unterstützung“ lässt zunächst hoffen, dass auch die SPD eine Gemeinschaftsschule will, die diesen Namen verdient. Bei genauerem Hinsehen entpuppen sich die Forderungen nach einer Gemeinschaftsschule aber als „alte Kamelle“. Eine Orientierungsstufe in den Klassen fünf und sechs bzw. Grundschule von der ersten bis zur sechsten Klasse gab es in Deutschland bereits als Folge der großen Bildungsdiskussion in den 1960er Jahren. Die drei Schultypen Haupt-, Realschule und Gymnasium unter einem Dach mit einem Kollegium gab es ebenfalls unter der Bezeichnung Kooperative Gesamtschule. Hier werden aber Kinder beschämt und letztlich auch zurückgelassen. Wer diese Problematik aus eigener Erfahrung kennt, wird es bestätigen: Die Hauptschüler in diesem System sind die „Underdogs“ der Schule. Das demotiviert, diskriminiert und beschämt. Nach Hannelore Kraft soll dieses Konzept aber „die beste Bildung für alle“ sichern. Weil sich die SPD nicht mit den Befürwortern der Gymnasien anlegen möchte, verzichtet sie auf eine wirkliche Reform. Das entlarvt.

Es gibt nur einen Weg, die „beste Bildung für alle“ zu sichern, das ist die „eine Schule für alle“, eine Gemeinschaftsschule, die diesen Namen verdient. Hierzu gehören selbstverständlich wirklich alle Kinder, auch die Kinder aus den Förderschulen. Diese Kinder werden nach dem Beschluss auf dem Bochumer Parteitag weiter ausgesondert und wie

bisher in Förderschulen gehen. Wir treten mit vielen anderen zusammen im Aktionsbündnis für die „eine Schule für alle“ ein.

**Heidrun von der Stück**

### **Interview mit Norbert Müller, stellvertretender Landesvorsitzender der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) in NRW**

**Mit dem Wechsel der Landesregierung gibt es auch ein neues Schulgesetz. Welche ideologischen Ausrichtungen verbinden sich damit?**

**Norbert Müller:** Allgemein lässt sich sagen, dass das neue Schulgesetz konservativ geprägt ist und eine neoliberale Ausrichtung hat. Die konservative oder gar reaktionäre Seite ist zum Beispiel daran festzumachen, dass Verhalten wieder benotet wird. Das gilt ab Schuljahresendzeugnis der 2. Klasse. Und ab Klasse 4 gibt es gleich je 3 Noten für das Arbeits- und Sozialverhalten. In einer 30-er Klasse sind somit so ganz nebenbei 180 Zensuren zu vergeben. Das ist pädagogische Steinzeit und ist eindeutig Instrument der Disziplinierung, von wegen individuelle Förderung. Als Beispiele für das Neoliberale am neuen Schulgesetz kann man drei zentrale Aspekte anführen: Es gibt zentrale Abschlussprüfungen bei denen sich Rankings gar nicht vermeiden lassen. Die Schulbezirke der Grundschulen werden aufgelöst. Und da Mitbestimmung stört, werden die demokratischen Rechte der Lehrerinnen und Lehrer bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt, indem man die Personalvertretungen schleift.

**Welche Folgen hat die Auflösung der Grundschulbezirke, die ja den Eltern die Möglichkeit gibt, die Schule ihrer Kinder frei zu wählen?**

**Norbert Müller:** Dem liegt ein merkwürdiger Freiheitsbegriff zugrunde. Betuchtere Eltern können nun ihre Kinder zu Schulen mit geringen Anteilen von Migranten und Hartz IV-Empfängern transportieren lassen. Die Situation in den sozialen Brennpunkten wird sich weiter verschärfen und es wird weitere Brennpunktschulen geben, an denen zu 60, 80 und mehr Prozent Kinder mit Migrationshintergrund und insgesamt Kinder aus den unteren sozialen Schichten unterrichtet werden.

Da noch von Integration zu sprechen ist pure Heuchelei. Hier werden die Ergebnisse falscher Stadtentwicklungspolitik noch getoppt, der Verlust an Integrationskraft in dieser Gesellschaft verschärft sich.

**Die offenen Ganztagschulen (OGT) werden von der Landesregierung als Erfolgsmodell verkauft. Ist das wirklich die Bildungsoffensive, die die schwarz-gelbe Landesregierung hier propagiert?**

*Norbert Müller:* Immerhin wurde der Anteil der Lehrerstunden pro Gruppe verdoppelt, so dass nun nachmittags neben der Betreuung auch ein Minimum an Förderung laufen kann. Allerdings reicht die Kapazität durchschnittlich nur für ein Viertel der Kinder einer Schule, deren Eltern gestaffelt bis zu 150 € im Monat hierfür zahlen müssen. Ob das einer verfassungsrechtlichen Überprüfung standhält, wage ich zu bezweifeln. Denn das widerspricht doch dem Gebot des freien Zugangs zu den Bildungsangeboten der allgemeinen Schule für alle. Im übrigen ist die OGT längst zu einer Stätte prekärer Arbeitsverhältnisse geworden. Es gibt Fälle, wo aufgrund von Hortschließungen entlassene Erzieherinnen sich als 400 €-Kräfte in der OGT wieder finden. Auch 1 €-Kräfte gibt es in diesen Randbelegschaften, das nach dem Prinzip der Ausbeutung funktioniert.

**Die Landesregierung spricht von einer Qualitätsoffensive Hauptschule. Sie nimmt dafür richtig Geld in die Hand. Wie bewertet ihr das?**

*Norbert Müller:* Es stimmt: In kurzer Zeit wurden 130 der 730 Hauptschulen in Ganztagschulen mit recht passablen personellen Standards umgewandelt. Allerdings hat das nicht zum Run auf die Hauptschulen geführt. Die Schülerzahlen gehen weiter zurück, z.T. auch bei Schulen, die nun im Ganztage geführt werden. Überall stehen weitere Schließungen an, denn rund 60 % der Hauptschulen haben längst nicht mehr die vorgeschriebene Zweizügigkeit. Und wenn im Ruhrgebiet nur noch 6 bis 8 % der Eltern ihre Kinder zur Hauptschule anmelden, so zeigt das doch, welches gesellschaftliche Image diese Schulen trotz des hohen Engagements ihrer Lehrerinnen und Lehrer haben. Es hat sich längst rumgesprochen, dass Hauptschüler kaum eine Chance auf dem Lehrstellenmarkt haben. Da ist es doch an der Zeit über Alternativen nachzudenken, so wie es in anderen Bundesländern mit CDU-Beteiligung längst

der Fall ist.

**Du sprichst hier die Notwendigkeit eines Systemwechsels an. Wie bewertest du den Parteitagebeschluss der NRW-SPD, der den Umbau des Schulsystems zur Gemeinschaftsschule fordert?**

*Norbert Müller:* Zunächst mal ist es ja erfreulich, dass die SPD sich nun endlich zu einem integrierten Schulsystem bekennt. Ein solcher Beschluss hatte leider den Preis, dass zwar in der Sekundarstufe I, also in den Klassen 5 bis 10, alle Schülerinnen und Schüler unter einem Dach von einem Lehrerkollegium unterrichtet werden sollen. Verbindlich integriert sollen allerdings nur die Klassen 5 – 6 sein. Ab Klasse 7 kann überall vor Ort entschieden werden, ob die Schulformen erhalten oder integriert unterrichtet werden. Das ist alles andere als ‚klare Kante‘. Und jeder weiß ja, dass kooperative Schule sich grundlegend von den weltweit erfolgreichen integrierten Schulsystemen unterscheidet.

Es bringt nun m.E. nichts, sein Hauptaugenmerk darauf zu richten, diesen SPD-Beschluss zu geißeln. Zuerst gilt es doch, die sich im Land entwickelnden Initiativen zu bündeln, damit sich im Vorfeld der Landtagswahlen von 2010 eine Kraft entwickelt, die glaubwürdig gesellschaftliche Überzeugungsarbeit leistet. Auch DGB und GEW haben da vor einigen Wochen den Aufschlag gemacht. Und es wurde deutlich, dass es Bündniskräfte im Bereich der großen Kirchen gibt, aber auch bei führenden Vertretern von Industrieverbänden ein Umdenkungsprozess in Gang gekommen ist.

**Gesetzt den Fall, wir würden es schaffen, den Hebel irgendwann ab 2010 umzulegen. Genügt ein bloßer Systemwechsel? Welche Voraussetzungen sind sonst noch zu erfüllen?**

*Norbert Müller:* Wenn wir z.B. finnische Verhältnisse haben wollen, so müssen selbstverständlich auch finnische Standards sichergestellt sein. Die Investitionen in Bildung müssen also entsprechend angehoben werden. Wir liegen da erheblich unter dem OECD-Schnitt und seit Anfang des Jahrtausends sind bei uns die öffentlichen Bildungsausgaben gesunken. Gemessen an Finnland wären es mehr als 40 Milliarden Euro bundesweit, für NRW bedeutete das wohl rund 10 Milliarden Mehrausgaben. Das

Paradies auf Erden hätten wir dann sicherlich nicht. Aber z.B.: 15-er statt 30-er Klassen, Schulpsychologen, Sozialarbeiter, Förderlehrkräfte, Gesundheitberater, Kuratoren, Anspruch auf individuelle Förderung, eine finanziell abgesicherte Autonomie der Schulen, ..... Natürlich ist das bezahlbar. Zu den ökonomischen Möglichkeiten kann ich auf gewerkschaftliche Vorschläge verweisen: Die Stellschrauben bei der Unternehmensbesteuerung, Erbschafts- und Vermögenssteuer müssten z.B. nur vernünftig gestellt werden. Das wäre sicherlich kein Verarmungsprogramm für das Große Geld in diesem Land.

### **Freiheit oder Sozialismus? Über das neue „Hochschulfreiheitsgesetz“ NRW**

Nach der Regierungsübernahme durch CDU und FDP war klar, dass es in NRW umfassende Veränderungen im bildungspolitischen Bereich geben würde. Dass diese Veränderung vor allem im Bereich von Hochschulen derart schnell und derart radikal folgen würden, war hingegen für Viele überraschend. Doch wie sieht dieser Gesetzesentwurf aus, der beschönigend die Freiheit im Namen trägt? Welche Auswirkungen ergeben sich und welche Handlungsoptionen für Protest und Opposition lassen sich aufzeigen?

Was ändert sich?

Das neue Gesetz hat drei wesentliche Folgen für Universitäten und Fachhochschulen. Erstens verändert es die Verwaltungsformen von Hochschulen hin zu markt- und betriebswirtschaftlichen Maßstäben mit allen Auswirkungen für hochschulisch Beschäftigte. Zweitens setzt es demokratische Mitbestimmung an den hochschulischen Entscheidungen faktisch außer Kraft. Drittens wird es, und das ist die logische Konsequenz der ersten beiden Punkte, inhaltlich Forschung und Lehre auf vermeintlich rentable Bereiche beschränken und ausdünnen.

Privatisierung und falsche Hochschulautonomie

Universitäten sind fortan Körperschaften öffentlichen Rechts. Die Landesregierung verliert damit die Inhaltsaufsicht über Hochschulen und behält lediglich

formal die Rechtsaufsicht. Das hat unter anderem zur Folge, dass alle hochschulisch Beschäftigten

ihren Status als Landesangestellte verlieren. Hochschulen sind selbst die Arbeitgeberinnen ihrer Beschäftigten, könnten somit auch ihre Tarifgebundenheit aufgeben, was viele Hochschulen aufgrund ihrer enormen Finanznot auch tun werden. In NRW geht die Zahl an Hochschulen Beschäftigter in die Zehntausende. Die Auswirkungen für den Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes und die Flächentarifverträge allgemein dürften sehr negativ ausfallen, weil viele hochschulisch Beschäftigte zukünftig die gleiche Arbeit für weniger Lohn verrichten könnten.

Mit dem Wegfall der Inhaltsaufsicht geht auch die Verpflichtung der Landesregierung verloren, bestimmte Fächer flächendeckend anzubieten. Sämtliche Vereinbarungen mit der Landesregierung werden indirekt über so genannte Zielvereinbarungen abgeschlossen, die das Land mit den Hochschulen vertraglich abschließt. Das Ende staatlicher Bevormundung – so der Wille des Gesetzes – wird dadurch allerdings auch nicht erreicht. Eher das Ende staatlicher Verantwortung. In den Zielvereinbarungen, die die Universität nun mit dem Ministerium schließen muss, regelt der Staat genau so viel wie vorher. Zu vergleichen wäre die Verhandlung über eine solche Zielvereinbarung mit einem Pokerspiel, in dem ein Spieler bewaffnet ist. Schließlich regelt das Ministerium ja immer noch die Landesfinanzmittel. Nur will die Landesregierung mit der Vorspiegelung falscher Autonomie zukünftig an nichts mehr schuld sein. Wenn fortan Fächer eingehen, oder Hochschulen ins finanzielle Desaster stürzen, schreibt man das nicht mehr – so die Taktik des Ministeriums – der mangelnden Finanzierung durch das Land zu, sondern dem schlechten Management der Hochschule.

Management statt Demokratie

Bisher ist es so, dass das höchste beschlussfassende Gremium an der Hochschule der akademische Senat ist. In den Senaten haben die ProfessorInnen mindestens 51 % der Sitze. Die anderen Sitze teilen sich in der Regel zu gleichen Teilen die anderen Gruppen; namentlich die MitarbeiterInnen aus Technik und Verwaltung, die wissenschaftlichen MitarbeiterInnen und die Studierenden. Diese diskriminierende Sitzverteilung der

Gruppen in den Gremien ist in der Vergangenheit von der Studierendenbewegung immer wieder angegriffen worden. Von nun an wird die Sitzverteilung im Senat aber vollkommen egal sein.

Ein neuer Hochschulrat soll eingesetzt werden, der teilweise mit hochschulinternen Personen, größtenteils aber mit lokalen VertreterInnen aus der freien Wirtschaft oder anderen Gesellschaftsbereichen besetzt wird. Dieser Hochschulrat erhält alleinige Kompetenz den/die RektorIn (nach neuem Terminus PräsidentIn) ein- oder abzusetzen, über Haushaltsplan und Berufungen zu entscheiden. Mitspracherechte für die Gruppen sind nicht vorgesehen. Damit fällt Demokratie an Hochschulen und die Stärkung der so genannten „Gruppenuni“ nicht nur weit hinter bisher Erreichtes zurück, es wird faktisch hinweggefegt.

Wes` Brot ich ess, des` Lied ich sing

Das wird Auswirkungen auf Forschung und Lehre haben, die momentan gar nicht überschaut werden können. Es gibt klassisch unrentable und damit bei Hochschulleitungen unbeliebte Fächer. Dazu gehört das gesamte Lehramt, weil es wenig Drittmittel einwirbt und hohe Studierendenzahlen mit sich bringt, mit der die Hochschule erst einmal fertig werden muss. Hinzu kommen all die Fächer, die wenig Drittmittel aus der Wirtschaft einwerben, für die sich keine Stiftungsprofessuren finden lassen; oder deren Forschung sich schlecht vermarkten lässt. Dazu gehören vor allem die geisteswissenschaftlichen Fächer, aber auch einige Gesellschaftswissenschaften oder die naturwissenschaftlichen Grundlagenfächer wie z.B. Physik oder Mathematik.

Durch die weiterhin dramatische Unterfinanzierung der Hochschulen und die Taktik des Ministeriums, mehr und mehr die Privatwirtschaft Lehrstühle und Forschungsprogramme finanzieren zu lassen, treibt die Landesregierung die Hochschulen – statt sie zu befreien - in eine andere Unfreiheit: Unter das Diktat privatwirtschaftlicher Interessen. Die Einwerbung solcher „Drittmittel“ wird mehr und mehr zum Fetisch erhoben. Eingestellt wird nur noch der, der es besonders gut versteht, durch eindrucksvolles Verkaufstalent Drittmittelgebern die Taschen zu öffnen. Wissenschaftliche Relevanz der Forschung ist längst nicht mehr das Entscheidende, sondern die Frage, ob es dafür von irgendwoher Geld gibt.

Die Auswirkungen für die Forschung in allen Fächern sind insofern eklatant, als dass der Druck, nur das zu erforschen, was sich auch vermarkten lässt, enorm ansteigt. Das bringt das Problem mit sich, dass derjenige, der bezahlt – also die freie Wirtschaft – auch bestimmt was gemacht wird. Bei

Produktforschung ist das noch einigermaßen transparent, bei soziologischen Untersuchungen beispielsweise wird noch mehr als bisher gelten: „Wes` Brot ich ess, des` Lied ich sing!“ Welche privatwirtschaftlichen Interessen bei Forschung mitspielen, wird niemand mehr vernünftig überschauen können, geschweige denn, dass die BürgerInnen noch irgendwelche Einflussmöglichkeiten hätten, wozu in NRW geforscht wird, und wozu nicht.

Was tun?

Die Auseinandersetzung um Studiengebühren an den Hochschulen und zunehmend auch außerhalb des Campus hat viele wach gerüttelt. Längst ist es wieder an der Zeit auch Fragen von Demokratie an der Hochschule und Freiheit von Forschung und Lehre an den Hochschulen zu diskutieren. Was sich hier an den Unis und Fachhochschulen in NRW abspielt, ist nur auf den ersten Blick ein begrenztes Problem. Tatsächlich ergeben sich Auswirkungen auf alle Gesellschaftsbereiche. Das gilt für den gesamten Bereich der Wissenschaft und Forschung, aber auch für die Frage, wie eine Gesellschaft demokratische Mechanismen erhalten und ausbauen will, deren AkademikerInnen in undemokratischen Wirtschaftsunternehmen ausgebildet werden. Was schwarz-gelb als Freiheitsgesetz bezeichnet, beschädigt viel mehr die Freiheit von Forschung und Lehre und stellt sie eher unter das Diktat privatwirtschaftlicher Interessen. Niemals hat eine Landesregierung öfter die Freiheit im Munde und niemals waren die Spielräume für NRWs Hochschulen enger als dieser Tage.

**Jonas Bens**

### **Der Munoz-Bericht ist ein Armutszeugnis für Deutschland**

Der Wille nach Veränderung klingt anders. „Unbrauchbar“ und „Ansichtssache“ sei der Bericht des UN-Inspektors Vernor Munoz laut Vertretern von Bundes- und Landesregierungen. Dabei hat er nur

das bestätigt, was wir aus PISA- und IGLU-Tests schon längst wissen: unser Bildungssystem ist hochgradig selektiv und diskriminiert Migranten und Behinderte.

Auf Bitten des UN-Menschenrechtsrates besuchte der UN-Inspektor Munoz vom 13. bis 21. Februar 2006 Deutschland. Der Aufenthalt des Jura-Professors war ein Jahr lang von Bundesregierung, Ländern und Forschungseinrichtungen vorbereitet worden. Was wir in dem Bericht vom März 2007 lesen konnten, ist also das Ergebnis einer gründlich erarbeiteten Untersuchung.

Gründlich war auch seine Kritik am deutschen Schulsystem. Der Sonderberichterstatter Munoz legte der Regierung „eindringlich nahe“, das mehrgliedrige Schulsystem zu überdenken, weil es selektiv sei und zu einer De-facto-Diskriminierung führe. Die bildungspolitischen Probleme liegen auf der Hand.

### **Selektion, Selektion, Selektion**

In den meisten Bundesländern beginnt die Sekundarstufe mit der fünften Klasse. Die Beurteilung darüber, auf welche Schulform ein 10-Jähriger gehen wird, erfolgt von Lehrern, „die für die Durchführung solcher Beurteilungen nicht immer ausreichend geschult sind“, formuliert Munoz sehr diplomatisch. Doch egal wie gut man Lehrer schult, die Entwicklung eines so jungen Kindes ist schlichtweg nicht vorherzusehen. So kommt es unweigerlich dazu, dass die soziale Herkunft mit darüber entscheidet, ob ein Kind in Zukunft seine Zeit an der Uni verbringt oder in der Warteschlange der Arbeitsagentur. Wir brauchen eine Schulform für alle Kinder, die Kinder fördert statt zu selektieren.

### **Flüchtlingskinder krass benachteiligt**

Entscheidend für den Bildungsweg von Kindern sind sichere soziale und ökonomische Verhältnisse der Familien. Gerade Flüchtlingskindern werden diese vorenthalten. Denn die Einstufung als Asylbewerberin bzw. Asylbewerber steht ganz klar vor der grundsätzlichen Betrachtung des Kindes als Träger von Rechten. Deutlich wird dies bei Kindern und Jugendliche ohne regulären Aufenthaltstitel. Sie müssen fürchten, dass sie entsprechend an die Ausländerbehörden denunziert werden. Im Sinne von Flüchtlingskindern, von Migranten und sozial Schwachen brauchen wir Veränderungen auf Bundes- und Landesebene.

### **Was macht Schwarz-Gelb in NRW?**

Die schwarz-gelbe Landespolitik sieht aus wie die Reformvorschläge von Munoz mit umgekehrtem Vorzeichen. Mit dem neuen Schulgesetz verlieren Eltern fast gänzlich das Mitspracherecht bei der Entscheidung, auf welche Schulform das Kind nach der vierten Klasse wechselt. Die Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems kommt für CDU und FDP überhaupt nicht infrage – stattdessen sollen die Hauptschulen gestärkt werden. Und mit der Einführung des Abiturs in 12 Jahren an den Gymnasien wird ein Wechsel von der Realschule nur noch auf eine Gesamtschule möglich sein. So hatte sich das Munoz mit den inhaltlichen und strukturellen Reformen, die Deutschland braucht, wohl nicht vorgestellt.

Wir können bilanzieren: Der Wille zur Veränderung ist bei der NRW-Landesregierung da. Nur geht er in die komplett falsche Richtung.

**Sevim Dagdelen MdB**

### **Zwischen Elite-Uni und Notstandsversorgung**

Wer den Sonntagsreden von Bildungsministerin Annette Schavan Glauben schenkt, könnte auf die Idee kommen, die Hochschulen in der Bundesrepublik befänden sich endlich im Aufschwung. Von der Exzellenzinitiative ist da die Rede, vom Hochschulpakt, von Qualitätssicherung und von der Verbesserung des BAföGs. Unter der Last der Realität brechen diese Sonntagsreden aber leider sehr schnell zusammen. Die Große Koalition hat im Hochschulbereich einen tief greifenden Strukturumbbruch vorangetrieben.

Im Ergebnis zeigt sich eine größere soziale Spaltung beim Hochschulzugang, mehr Bildungshürden, ein drohender Qualitätsabfall in der Breite und ein bildungspolitischer Flickenteppich, auf dem die Landesfürsten nach Belieben an der Gebührenschaube drehen können.

Allen voran stellt die Bundesregierung in der Studienfinanzierung völlig verkehrte Weichen: Die Mehrheit der Studierenden in der Republik ist - wie in Nordrhein-Westfalen - durch Entscheidungen der jeweiligen Landesregierung bereits mit allgemeinen Studiengebühren konfrontiert. Die Bundesregierung

No. 04 / 29.8..2007

weigert sich, die ihr zustehenden Möglichkeiten zu nutzen, um den Gebührenkurs der Länder abzuwehren oder zumindest abzuschwächen.

Zugleich hat sie die dringend notwendige Reform der Ausbildungsförderung sechs Jahre in Folge ausgesetzt. Anstelle des BAföG bietet sie Studierenden so genannte Studienkredite an und entwickelt neue Modelle zum Bildungssparen. Studienkredite müssen - anders als beim BAföG - komplett und voll verzinst zurückgezahlt werden. Damit droht den Absolventinnen und Absolventen in Zukunft ein Schuldenberg von über 90.000 Euro. Klar, dass diese Aussicht vor allem Jugendliche aus finanzschwachen Elternhäusern vom Studium abhält. Die Konsequenzen dieser verfehlten Politik lassen sich bereits statistisch belegen: Ministerin Schavan ist mit dem Ziel angetreten, die Studierendenquote auf 40 Prozent zu steigern. Die jüngst vom Deutschen Studentenwerk vorgestellten Ergebnisse der Sozialerhebung zur Lage der Studierenden zeigen, dass ihre Politik das Gegenteil bewirkt. In den letzten beiden Jahren ist die Studierendenquote von 39 Prozent auf 36 Prozent zurückgegangen.

Die Fraktion DIE LINKE verweigert sich als einzige dieser falschen Weichenstellung. Wir haben gegen die Stimmen aller anderen Fraktionen gefordert, dass sich die Bundesrepublik an den von ihr auch ratifizierten UN-Sozialpakt hält. Die Regierungsmehrheit ignoriert schlichtweg, dass sich die Bundesrepublik dort unter anderem dazu verpflichtet hat, den Zugang zum Studium gebührenfrei zu halten. Wir streiten dafür, dass das BAföG noch in diesem Jahr um mindestens zehn Prozent angehoben wird. Nur so wäre sichergestellt, dass nicht nur die Kinder reicher Eltern studieren können. Wir wollen eine sichere Studienfinanzierung: Zukünftig muss die Erhöhung der BAföG-Sätze an die Entwicklung der Lebenshaltungskosten gekoppelt werden. Was aus der viel diskutierten BAföG-Reform der Bundesregierung wird, ist nach wie vor offen. Die Bundesregierung legt sich auf keine konkreten Aussagen fest und betreibt Augenwischerei.

Aber nicht nur mit Placebo-Reformen im Bereich der Studienfinanzierung kennt sich die Große Koalition aus. Zielstrebig hat sie mit der Föderalismusreform und der Exzellenzinitiative den Wettbewerb endgültig zum neuen bestimmenden Leitbild der

Bildungspolitik gemacht. Einige Forschungsleuchttürme und Elite-Unis werden gefördert; das weite Feld der Hochschulen jedoch leidet weiterhin an chronischer Unterfinanzierung. Im Bildungswettbewerb werden ärmere Länder zu Lasten der Studierenden abgehängt und die soziale Ungleichheit verschärft sich zusehends. Mit ihrem vorgelegten Gesetzesentwurf zur Aufhebung des Hochschulrahmengesetz will die Bundesregierung noch das letzte bißchen Vergleichbarkeit und bundesweite Regelung abschaffen.

DIE LINKE streitet gegen diese Fehlentwicklungen und für soziale Bildungsreformen. Allein über das Parlament wird das nicht gelingen. Wir unterstützen deshalb den neu gegründeten Studierendenverband DIE LINKE.SDS und suchen nach weiteren Bündnispartnern. Gemeinsam mit Gewerkschaften und Studierendenvertretungen können wir den Mühlrädern der Bildungsprivatisierung Steine in den Weg legen und die Perspektive einer offenen und demokratischen Hochschule stark machen.

**Nele Hirsch, MdB**

### **KiBiz brütet auf sumpfigem Boden**

Das neue KiBiZ (Kinderbildungs-Gesetz) soll in NRW das GTK (Gesetz über Tageseinrichtungen für Kinder) ersetzen. Ein neues Gesetz ist notwendig geworden, da eine Ausweitung der gesetzlichen Regelungen auf Kinder unter 3 Jahren notwendig geworden ist. Das neue KiBiz füllt aber keineswegs nur eine Lücke, sondern stellt einen Paradigmenwechsel dar.

**KiBiz.** Der Name des neuen Kindertagesstätten-gesetzes lässt vermuten, dass es sich dabei um einen niedlichen kleinen Bodenbrüter handelt, der mit seinem Pfeifen die Kinder NRWs erfreuen soll. Ein Blick in den Gesetzesentwurf zeigt, dass die Vermutung trügt: KiBiz steht für Qualitätsabbau in der Kinderbetreuung, die Verlagerung pädagogischer Aufgaben an Laien in Privathaushalten und das „Aus“ für viele der seit Jahrzehnten erfolgreich arbeitenden kleinen Elterninitiativen.

Die Landesregierung plant eine Anhebung der Landeszuschüsse von 852 Mio Euro auf 959 Mio Euro im nächsten Jahr. Damit sind nicht einmal die Kürzungen von 190 Mio Euro aus dem laufenden Jahr kompensiert. Im Topf enthalten sind die

No. 04 / 29.8..2007

erstmalig vorgesehenen Mittel für Tagesmütter an die Kommunen, die Mittel für die Sprachförderung und Familienzentren. Einzig die kirchlichen Einrichtungen gewinnen durch den Gesetzesentwurf. Ihre Trägeranteile werden gesenkt. Die Elternbeiträge für alle anderen Einrichtungen liegen bei 19%. Dieser Anteil geht völlig an der Haushaltslage der meisten Familien vorbei und ist schlicht nicht leistbar – weder für Eltern, noch für finanzschwache Kommunen. Die bisher geltenden Sonderförderungen von Einrichtungen in sozial benachteiligten Kommunen werden gestrichen. Das Land entzieht sich seiner Bildungspolitischen Verantwortung und überlässt die Kosten den Kommunen und Eltern. Der Zugang von frühkindlicher Bildung wird einmal mehr vom Geldbeutel der Eltern abhängen.

Für die bestehenden Kindertagesstätten bringt KiBiz in allen Bereichen Planungsunsicherheiten. Der Wechsel von der Gruppenfinanzierung hin zur „Kopfpauschale“ bindet den Fortbestand der Kitas an die Nachfrage durch Eltern. Freie Marktwirtschaft statt pädagogischen Konzepten ist die Antwort der Landesregierung auf die fehlende Förderung von Vorschulkindern. Eine langfristige Personalpolitik ist mit KiBiz kaum möglich. Nicht einmal die Öffnungszeiten sind durch die Einführung einer 3 – Stufenbetreuung mit 45, 35 oder 25 Stunden gesichert. Benachteiligt werden dadurch vor allem die Einrichtungen, die bereits jetzt durch lange und flexible Öffnungszeiten der Situation von Eltern auf dem Arbeitsmarkt entgegenkommen. Bedroht sind vor allem die Stellen von älteren ErzieherInnen, die im Vergleich zu den jüngeren KollegInnen für das angestrebte Budget schlicht zu teuer sind. Für Fort- und Weiterbildung der ErzieherInnen ist in der Finanzplanung der Landesregierung kein Geld vorgesehen. Die Weiterentwicklung der Fachausbildung von ErzieherInnen an den europäischen Standard blendet der Entwurf aus.

Weniger Geld, höhere Beiträge, sinkende Qualität, Privat vor Staat sind die Eckpunkte von KiBiz. Die Landesregierung verfolgt den Abbau von Sozial- und Bildungsstandards, die in den 70er Jahren erkämpft wurden konsequent. Das Ergebnis des Gesetzes ist abzusehen und gewollt: Reiche Eltern werden ihre Kinder in feinen, teuren, gut ausgestatteten Elitekindergärten unterbringen oder daheim vom Kindermädchen hüten lassen. Große Teile der Elternschaft werden auf die vom Land subventionierten Tageseltern zurückgreifen, die in

einer Hauruckausbildung über 6 Monaten lernen sollen, was ErzieherInnen sich in 5 Jahren Ausbildung aneignen. Die pädagogisch erfolgreichen, auf wissenschaftlicher Basis arbeitenden altersgemischten Kleingruppen werden sich entweder den Bedürfnissen liquider Eltern anpassen oder schließen. Übrig bleiben die konfessionellen Kindertagesstätten, deren Bestand mit rückläufigen Mitgliederzahlen in beiden Kirchen fraglich ist und Massenverwahranstalten für Kinder von Eltern in prekären Beschäftigungsverhältnissen mit dem irreführenden Namen „Familienzentren“. Ein Großteil unserer Kinder wird in den kommenden Jahren dort aufwachsen, wo Kinder in den 50er Jahren groß wurden: Am Rockzipfel der Müttern oder in der Obhut von Großeltern. Beide sind nicht qualifiziert, um die Frühförderung von Kindern zu gewährleisten, sondern Liebe zu geben. Das ist nicht gleichbedeutend mit Pädagogik, auch wenn Liebe sicher die wichtigste Grundlage für eine gesunde Entwicklung von Kindern ist.

KiBiz ist ein Bildungspolitisches Armutszeugnis und eine Ohrfeige für die Bedürfnisse von Kindern und Eltern. Die Zukunft der Kinder wird wegrationalisiert. Dagegen stehen die Elternverbände, Elterninitiativen, die GEW und viele andere. Am 29. August 2007 findet parallel zur Anhörung des Gesetzesentwurfs im Landtag eine Landesweite Demonstration gegen KiBiz statt. DIE LINKE. NRW fordert alle Mensch in NRW auf, endlich aufzustehen und dem Treiben gegen die Zukunft nicht länger zuzusehen!

**Katharina Schwabedissen**

## **BildungspolitikerInnen aufgepasst...!**

Seit Mitte 2005 liegen Pläne zur Umsetzung des europäischen Qualifikationsrahmen (EQR) auf den Tischen der Bundesregierung, der Gewerkschaften und der Wirtschaftsverbände vor. Diese sehen einen radikalen Umbau der Berufsausbildung in Europa vor - nach britischem Vorbild. Modularisierung ist das Zauberwort, welches das Ende des klassischen Facharbeiters bedeuten kann. Seitdem werden, vor allem von den Metallarbeitgebern, die Diskussionen zur Modularisierung der Berufsausbildung auch in Deutschland angeheizt. Sie sind fortgeschrittener als

manche/r glaubt...

Von der Öffentlichkeit kaum so wahrgenommen, wollen große Teile der Arbeitgeber das bisherige Berufsausbildungssystem aufgeben. Abgelöst werden soll es von einer sogenannten Modulausbildung. Dabei versteht man unter Modularisierung die Zerlegung der Ausbildungsberufe in sechs bis zehn „Ausbildungsbausteine“. Die Ausbildungszeit eines Moduls soll zwischen vier und sechs Monaten liegen. Anstatt der rund 350 Ausbildungsberufe gäbe es einige tausend Module. Mit einem solchen Schritt stellt man die bewährte Ausbildung im dualen System und die weltweit anerkannten Facharbeiterausbildung in Frage.

Allen voran ziehen Automobilindustrie und Automobilzulieferer gegen die Facharbeiterausbildung zu Felde. Ihre Motivation ist klar: Die Absenkung der Löhne und Gehälter. Sie plädieren für eine höhere Standardisierung und Steuerung der Arbeit, für die Reduzierung von Tätigkeitsumfängen und enge Taktung der Arbeitsabläufe. Sie behaupten, Effizienz und Wertschöpfung verlange den Wechsel von der beruflichen Ausbildung zur aufgabenbezogenen Anlernung.

Modularisierung steht für einen Systemwechsel, der letztlich arbeits- und lohnpolitisch begründet ist. Es gibt eine Fraktion, die auf breiter Front zurück zu einem krassen Taylorismus will und das Berufsprinzip dabei als hinderlich ansieht. Zurück zu einfachen Arbeitsplätzen, zu Arbeitsplätzen die verdummen und bei denen Kompetenzen verkümmern. Die Entgelte - entsprechend der Qualifikation...

Eine Modularisierung der Berufsausbildung kann nicht der richtige Weg sein. Ebenso wenig die massenhafte Einführung von zweijährigen Schmalspurausbildungen. Die Erfahrungen mit den Miniberufen zeigen, dass nur eine unzureichende Kompetenzausstattung vermittelt wird. Statt im nationalen Rahmen mit Modulausbildungen zu experimentieren, sollten einheitliche Berufsbilder in den europäischen Wirtschaftssektoren geschaffen werden.

Qualifikation und Innovation sind der Schlüssel zur Zukunftssicherung der Arbeitswelt und der Facharbeit. Qualifizierte umfangreiche Ausbildung

und innovative Arbeitskonzepte, die auf die Kompetenz der Arbeitnehmer setzen, gehören dabei zusammen. Was sich in Deutschland bewährt hat, kann auch ein Schlüssel für Europa werden. Es ist einiges in Bewegung in Europa, auch in Fragen der beruflichen Bildung. BildungspolitikerInnen sollten also aufpassen. Eine spannende Zeit hat begonnen...

Deutlich wird aber auch, dass die Bundesregierung immer seltener den Konsens der Sozialpartner sucht, sondern immer öfter selbstherrlich entscheiden will, wie die Gewerkschaften zu Recht kritisieren. Ein erster Versuch von Anette Shavan, über den Innovationskreis eine Modularisierung der beruflichen Bildung und eine Aushebelung des Berufsprinzips durchzusetzen, scheiterte jedoch. Doch dies ist nur eine erste Entwarnung.

Die Gewerkschaften mahnen vor den drohenden Gefahren. Doch auch die Gewerkschaften wären besser beraten, dieses Thema mehr hervorzuheben. Dieses Thema muss wesentlich offensiver aufgegriffen werden. Es geht um die Zukunft des Facharbeiters und die Zukunft einheitlicher Berufsbilder. Ein Thema der Gewerkschaften – aber auch ein Thema für die (europäische) Bildungspolitik. Mehr Transparenz von beiden ist wichtig und wünschenswert!

**Marko Röhrig**

Impressum: Redaktion und ViSdP: Heinz Hillebrand

DIE LINKE, Landesgruppe NRW, Koordinationsbüro  
Corneliusstr. 108, 40215 Düsseldorf  
Tel.: 0211 / 150 40 49  
email: DieLinke.lgnrw@ish.de